

Klimaschutz braucht Ressourcenwende

re!source Stiftung e.V. diskutiert Lösungswege für Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft

Digital planen, ressourceneffizient bauen und betreiben, nachhaltig investieren: Auf ihrer 3. Jahreskonferenz am 3. November 2020, die pandemiebedingt ausschließlich online stattfand, präsentierte die re!source Stiftung e.V. ein breites Spektrum innovativer Lösungsansätze zur Bewältigung der komplexen Herausforderungen für die Umsetzung der Ressourcenwende in der Bau- und Immobilienwirtschaft. Rund 200 Teilnehmer:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verfolgten die Vorträge und brachten sich mit ihren Fragen via Chat in die anschließenden Diskussionen ein. Eines wurde deutlich: Klima- und Umweltschutz brauchen die Ressourcenwende in der Bau- und Immobilienwirtschaft. Ein schonender Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Energie ist unabdingbar. Echte zirkuläre Wertschöpfung ist sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich von hoher Relevanz. Zwar gelangt die Notwendigkeit einer Ressourcenwende immer mehr in das Bewusstsein der Akteur:innen, bis zur praktischen Umsetzung ist es allerdings noch ein weiter Weg. Zumal klare Rahmenbedingungen dafür weiterhin fehlen, auch wenn Ressourcenschonung mittlerweile eine zentrale Forderung in Positionspapieren der Parteien, in EU-Fahrplänen und im Green Deal der europäischen Kommission ist.

Öffentliche Hand soll mit gutem Beispiel vorangehen

Die Politik weiß um die Defizite, die die Ressourcenwende in der Bau- und Immobilienwirtschaft nach wie vor erschweren: „Klimaschutz in Kombination mit Ressourceneffizienz wird bislang noch nicht hinreichend betrachtet“, stellte Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, in seiner Keynote fest. In Foren und in Fachgesprächen sei Ressourcenschonung wohl immer wieder ein Thema. Aber die Kernproblematik, dass Gebäude für die Ewigkeit gebaut werden und der Gedanke, was am Ende des Lebenszyklus mit ihnen passiert, bleibe in der Planung unterausgeprägt. Ein weiteres Hindernis wäre die immer noch dominierende Sektorbetrachtung beim Klimaschutz. Kritisch sieht der Politiker, dass weder die öffentliche Hand noch private Investoren derzeit Ausschreibungen so gestalten, dass rezyklierbare und recycelte Materialien zum Einsatz kommen und fordert deshalb, „dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht und in den eigenen Ausschreibungen vormacht, dass Reccycling-Baustoffe einzusetzen sind. Nur dann schaffen wir einen entsprechenden Nachfragemarkt.“ Dringender Handlungsbedarf bestehe zudem bezüglich der längst überfälligen Einführung der Mantelverordnung und der Ersatzbaustoffverordnung, die es vereinfachen sollen, wiederaufbereitete Materialien im Baubereich einzusetzen: „16 Länderregelungen, wo welche Materialien eingesetzt werden, sind Unsinn. Dadurch wird das Bauen zusätzlich teuer.“ Überzeugt ist er von der Digitalisierung als einer der Schlüssel für Ressourceneffizienz: „Die Zukunft ist, dass wir digital archiviert haben, was wo in einem Gebäude verbaut ist. Dann ist der Rückbau, wenn er denn irgendwann erfolgen muss, entsprechend leichter.“

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



Wissenschaft macht Ressourceneffizienz messbar

Wie wichtig interdisziplinäre Forschung für innovative Lösungsansätze zur Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft ist, zeigen die wegweisenden Ergebnisse des Forschungskollegs Verbund.NRW, das seit Ende 2016 erfahrene Wissenschaftler:innen und Doktorandinnen aus Bau-, Wirtschafts- und Umweltingenieurwesen, der Techniksoziologie sowie der Betriebswirtschaft der RWTH Aachen University und der FH Münster vereinigt: Im Rahmen der Entwicklung eines Bewertungssystem, das die Recyclingfähigkeit von Baukonstruktionen kategorisiert, fand Matthias Schiewerling in seiner Dissertation „Entwicklung recyclinggerechter Baukonstruktionen“ heraus, dass es immer die gleichen Elemente sind, die zu Problemen führen, etwa Beschichtungen wie Putze und Abdichtungsbahnen. Zwar bestehen oftmals bereits bekannte Alternativen wie WU-Beton, allerdings werden diese nicht eingesetzt. Zudem kann schon eine leichte veränderte Konstruktion zu einer deutlichen Verbesserung beitragen. Jedoch gibt es auch Systeme, die sich nicht leicht anpassen lassen und für die komplett neue Lösungen konzipiert werden müssen. Was geschieht, wenn innovative Baukonstruktionen wie Holz-Beton-Hybrid-Decken Teil des alltäglichen Baugeschehens sind, hat Sebastian Halfmann in seiner Dissertation „Einfluss von Verbundbaustoffen auf Bauprozess und Baulogistik“ analysiert. Er empfiehlt, die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gewerken unbedingt zeitlich und kostentechnisch mit einzuplanen, um Schäden zu vermeiden, die höhere Kosten verursachen und womöglich zum Misserfolg des Bauprojektes führen. Überdies sei zu prüfen, ob im Fall von Verbundsystemkonstruktionen die Aufgaben an gewerkeübergreifende Unternehmen oder Generalübernehmer vergeben werden können.

Die von Franziska Struck für ihre Dissertation „Bewertung der Ressourceneffizienz von Baukonstruktionen“ entworfene Methode beinhaltet den gesamten Lebenszyklus der Konstruktion. Der Bedarf an natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Emissionen) sowie deren Kreislaufeignung bzw. -verhalten können so bewertet werden. Eine Frage, der sie unter anderem nachging, war, ob es möglich ist, Energie durch Vergärung oder Verbrennung zurückzugewinnen oder Rohstoffe über Recycling? Wie sich herausstellte, ist dafür relevant, wie die Rohstoffe in die Konstruktion und den Verbund eingebracht wurden. Adjan Hansen-Ampah wiederum hat in seiner Dissertation „Akteursnetzwerkeanalyse und Innovationsmanagement“ untersucht, wann ein Bauprodukt aus Sicht der beteiligten Akteure eine Innovation darstellt und herausgefunden, dass dies sehr davon abhängt, in welcher Phase des Lebenszyklus ein Akteur agiert. Zumeist sind die Akteure des Rückbaus und der Demontage gar nicht in den Prozess zur Entwicklung eines neuen Verbundstoffes involviert. Demnach geht es bei der Ressourcenwende auch darum, die tradierten vertikalen Organisationsstrukturen in der Bau- und Immobilienwirtschaft so zu transformieren, dass ressourcenschonendes Planen, Bauen und Betreiben überhaupt möglich ist.

Zwei weitere Vorträge befassten sich mit dem Baustoff Beton: Lia Weiler veranschaulichte in ihrer Dissertation „Carbonbeton – von Anfang an ans Ende denken“ die Chancen von Carbonbeton, der aufgrund seiner vorteilhaften Eigenschaften als „Quantensprung in der Baugeschichte“ gilt. Gleichzeitig betonte sie jedoch die Notwendigkeit diesen Baustoff über den Lebenszyklus zu

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



betrachten und Lösungen für dessen Rückbau und das Recycling mit einzuplanen, da der erhöhte Energieeinsatz bei der Herstellung von Carbontextilien und die Trennbarkeit der Materialien noch nicht abschließend geklärt ist. Warum sich RC-Beton in Deutschland nur langsam durchsetzt – derzeit gibt es hierzulande lediglich 25 Hochbauprojekte - und welche Marktdurchdringung notwendig ist, analysierte Dmytro Katerusha in seiner Dissertation „RC Beton – den Kreislauf schließen“. Er hat herausgefunden, dass die Bereitschaft von Transport-Betonherstellern RC-Beton zu produzieren, mit steigender Marktkonzentration und steigender ökonomischer Aktivität einer Region sowie der Unternehmensgröße zunimmt. Die Produktionsbereitschaft steigt ebenfalls, wenn Unternehmen selbst die Sammlung und Aufbereitung von Abfällen übernehmen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Ebenso vielversprechend wie die Ergebnisse aus der Bauforschung zur zirkulären Wirtschaft für Bauwerke sind die Möglichkeiten, die die Digitalisierung für die Ressourcenwende in der Bau- und Immobilienwirtschaft bietet: Das zentrale Anliegen der von Geschäftsführer Dr. Jan Tulke vorgestellten planen-bauen 4.0 GmbH ist die beschleunigte Einführung von Building Information Modeling (BIM), eine vernetzte Planungsmethode, die digitale Geschäftsprozesse entlang der Wertschöpfungskette Planen, Bauen und Betreiben begünstigt: "Der Beitrag von BIM für die Ressourcenwende ist insbesondere die begleitende detaillierte Dokumentation, etwa von Mengen und wo genau Einbauorte von Bauteilen und Baustoffen im Bauwerk sind, aber auch von Konformitätserklärungen, Zertifizierungen und weiteres mehr." Darüber hinaus können die Modelle zur Simulation dienen, um beispielsweise den Carbon Footprint verbunden mit einer Zertifizierung zu ermitteln oder den Rückbau zu planen.

Ein ebenfalls wertvolles Instrument ist das webbasierte Datenbanksystem des Instituts für Bauen und Umwelt e.V. (IBU) zur Erstellung, Verifizierung, Veröffentlichung und Weitergabe von Umwelt-Produktdeklarationen (Environmental Product Declaration, kurz EPD). Wie Andrea Untergutsch, Leiterin Verifizierung des IBU erläuterte, handelt es sich bei den geprüften nicht wertenden, sondern quantitativen Informationen zu Bauprodukten und deren Lebenszyklus, um ein Mittel der Umweltkommunikation gemäß ISO 14020 Typ III, die sich an Wirtschaftsakteure richten. Sie enthalten 31 obligatorische und sechs zusätzliche Indikatoren (ab 2023) zu Umweltwirkungen, Ressourceneinsatz, Abfallkategorie und Output-Flüssen sowie Toxizität und bilden die wesentliche Grundlage für die ökologische und ressourceneffiziente Planung von Bauwerken. "Bisher ist es so, dass primär die Herstellungsphase deklariert wird. Zukünftig gilt die Deklarationspflicht auch für das Lebensende eines Bauproduktes und informiert über dessen Entsorgung oder das Recycling." Zudem strebe das IBU die Zusammenarbeit mit Entsorgungs- und Recyclingunternehmen an, da diese diejenigen seien, die die Daten zusammen mit denjenigen, die die Öko-Bilanz erstellen, berechnen und zur Verfügung stellen müssen.

Der Architekt Thomas Rau, Direktor der Madaster Foundation, eine niederländische gemeinnützige Stiftung mit dem Status eines öffentlichen Interesses, stellte die gleichnamige Cloud-Plattform, die den zirkulären Einsatz von Produkten und Materialien in der gebauten Umgebung ermöglicht, vor

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



und machte sich Gedanken über die Art und Weise wie Prozesse in der Baupraxis bisher organisiert sind und wie sie künftig ausgerichtet sein sollten, damit ein schonender Ressourceneinsatz möglich ist und Abfall vermieden wird: "Bedürfnisse, die wir haben und wofür wir Rohstoff brauchen, sind von zeitlicher Art. Wir müssen also nicht mehr von einer Immobilie sprechen, sondern alles wird zu einer Mobilität, weil jedes Gebäude ein zeitliches Aggregat ist, das ein zeitliches Bedürfnis bedient." Wenn man die in Bauwerken enthaltenen Materialien validieren könnte, wenn man wüsste, was ihr Wert im Laufe der Zeit wäre, würden Gebäude zu Materialbanken. Leider sei Abfall Material, das noch in der Anonymität lebe. Würde man dem Material eine Identität geben, indem man es registriert und dokumentiert, könnte Abfall im Bauwesen vermieden werden.

Für Immobilieninvestoren ist es drei Minuten vor Zwölf

Von solchen weitblickenden Visionen ist die Finanzwirtschaft um einiges entfernt. Hier stehen die Akteure vor der Herausforderung, ihre Daten schnellstmöglich so aufzubereiten, dass sie sich für die Bewertung etwaiger Klimarisiken von Immobilien eignen. Der Hebel, um die Transformation, die sich in der Realwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit vollzieht, proaktiv zu begleiten, ist groß, erläuterte Kristina Jeromin, derzeit Head of Group Sustainability bei der Deutschen Börse AG und Mitglied der Deutschen Gesellschaft Club of Rome, die sich 2021 für ein Mandat von Bündnis 90/Die Grünen für die kommenden Bundestagswahlen bewirbt: "Im Wesentlichen geht es darum, Transparenz herzustellen, denn nachvollziehbare Daten und valide Informationen sind der Schlüssel für verantwortungsvolle Investitions- und Kreditvergabeentscheidungen." Ergänzend zu den klassischen Finanzkennzahlen, über die Unternehmen von jeher berichten, um den unternehmerischen Erfolg zu bewerten, müssten künftig hochqualitative und standardisierte Daten zu sogenannten ESG-Kriterien (Environmental Social Governance) vorliegen. "Auf europäischer Ebene bietet der "Action Plan on Sustainable Finance" mit der Taxonomie für den Bereich Klima erstmals ein Klassifikationssystem, das einheitlich definiert, was als nachhaltig gilt und in die Finanzierungsstrukturen einzubeziehen ist", so die Expertin. Neben dem Risikomanagement stelle sich aber auch die Frage, wie aus dem Wandel, hin zu einer immer nachhaltiger werdenden wirtschaftlichen Wertschöpfung, ein Business Case werde.

Warum ein gemeinsames Verständnis im Bezug auf Nachhaltigkeitskriterien von Gebäuden, die eine wichtige Anlageklasse für Investoren und Banken sind, im Finanzsektor der EU unerlässlich ist, verdeutlichte Franziska Schütze, Koordinatorin der Wissenschaftsplattform „Sustainable Finance“, ein Projekt der Universitäten Augsburg, Hamburg und Kassel sowie der Frankfurt School of Finance and Management und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): "In den Bilanzen deutscher Banken stehen Immobilienkredite im Wert von über einer Billion, das sind durchschnittlich 15 Prozent aller Bankbilanzen in Deutschland." Hinzu kämen Kreditlaufzeiten von bis zu 25 Jahren, bedingt durch die Lebensdauer von Gebäuden. Da sollte Transparenz zur Bewertung heutiger und zukünftiger Klimarisiken eigentlich selbstverständlich sein.

Wenig optimistisch zeigte sich Stefan Baumbach, Leiter der Arbeitsgruppe Sustainable Finance der re!source Stiftung e.V.. Vor allem bei mittelgroßen Privatinvestoren spiele die Nachhaltigkeit von

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



Gebäuden bei der Investitionsentscheidung so gut wie keine Rolle. "Natürlich schaut man auf die Energieeffizienz, dass alles den geltenden Regeln entspricht. Aber dass die Klimarisiken nicht hinreichend eingepreist werden, wundert mich dann schon." Eine Erklärung dafür wäre eventuell die fragmentierte Wertschöpfungskette. Möglicherweise orientiere man sich auch stark an akuten Themen, wie regulatorische Vorgaben, Energieeffizienzvorgaben und wirtschaftlichen Anreizen, die zum Zeitpunkt der Vermietung oder des Verkaufs gefragt seien. "Dabei lehrt die jüngste Vergangenheit, dass es plötzlich zu bewertungsrelevanten Ereignissen kommen kann, wie die Nuklearkatastrophe von Fukushima, die zum Atomausstieg und damit zu Stranded Assets (gestrandete Vermögenswerte) in der deutschen Energiewirtschaft geführt hat."

Deutlich umsichtiger müssen institutionelle Immobilieninvestoren agieren. Der zuvor genannte „Action Plan on Sustainable Finance“ sei da nur ein Baustein von vielen, gab Jan von Mallinckrodt, Head of Sustainability bei der Union Investment Real Estate GmbH, eine der in Europa führenden Investmentmanager für Immobilien, zu bedenken. "Viel entscheidender ist für uns die Umsetzung regulatorischer Anforderungen." Die Liste der Vorgaben ist lang: Ab dem 10. März 2021 gilt zum Beispiel die Offenlegungsverordnung, die Finanzmarktteilnehmer verpflichtet über den Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken zu berichten. Hinzu kommt die voraussichtlich ab Ende 2021 durchzuführende Nachhaltigkeitspräferenzabfrage, die Finanzmarktteilnehmern auferlegt, Kunden danach zu fragen, ob sie ihr Geld nachhaltig anlegen wollen. Überdies ist das jeweilige nationale Risiko maßgeblich, das nicht CO2-konforme Gebäude für die Wirtschaftlichkeit bedeuten. "Wenn Sie nach Frankreich oder in die Niederlande schauen, dann sehen Sie, dass die Gesetze dort bereits deutlich schärfer sind als in Deutschland". Besonders delikater Punkt: In Frankreich werden Eigentümer nicht klimakonformer Gewerbeimmobilien namentlich auf einer Webseite erwähnt. Die Niederlande wiederum planen, Büroobjekte ab 2030 "außer Betrieb" zu nehmen, falls sie nicht das Energy Label A oder mehr als 70 kWh pro Quadratmeter Energie verbrauchen. "Wenn Sie bedenken, dass Mietverträge in der Regel zehn Jahre laufen, dann müssen wir jetzt anfangen, mit den Mietern in die Gespräche zu gehen und uns jetzt Gedanken machen, wie wir die betroffenen Gebäude entmietet bekommen oder Ausweichflächen finden können, um Maßnahmen vornehmen zu können." Zudem limitierten Anlagegrenzen die Zahl der Projekte, die sich pro Jahr in einem Immobilienfonds befinden dürfen, was die umfassende Modernisierung mehrere Gebäude gleichzeitig begrenzt. Angesichts einer derart komplexen Gemengelage, wäre es für institutionelle Immobilieninvestoren nicht fünf, sondern bereits drei Minuten vor Zwölf, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen und so das Risiko „gestrandeter Vermögenswerte“ abzuwenden.

Klima- und Ressourcenpolitik muss auch ethische Aspekte in den Mittelpunkt stellen

Nicht minder anspruchsvoll sind die Herausforderungen einer sozialgerechten Energie- und Ressourcenwende. Im Gegenteil. Vielfältige Zielkonflikte erfordern integrierte Lösung, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigen, was einer Quadratur des Kreises gleichkommt. „Zum einen wollen wir eine Ressourcenwende, die wirtschaftlich und bezahlbar ist, zum anderen wollen wir klimafreundliche Gebäude. Darüber hinaus soll sozialverträgliches Wohnen möglich bleiben. Wir befinden uns also in einem

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



Spannungsverhältnis, das häufig das Vermieter-Mieter-Dilemma genannt wird, angesichts dessen viele meinen, wir können nicht beides haben und müssen uns entscheiden: Entweder klimafreundliche Gebäude oder sozialverträgliches Wohnen“, so Gloria Amoruso, Doktorandin am Lehrstuhl für Umwelt- und Klimapolitik an der Technischen Universität München. Für sie bedeutet eine sozialgerechte Energie- und Ressourcenwende im Gebäudesektor, dass Eigentümer genügend Anreize zum Beispiel für die energetische Modernisierung haben, dass die Miete bezahlbar bleibt und Mieter:innen wohnen bleiben können. Unter bestimmten Faktoren seien ressourcenschonende, klimafreundliche Gebäude und sozialgerechtes Wohnen auch kein Widerspruch. Zum Selbstverständnis von Wohnungsgenossenschaften und landeseigenen Wohnungsgesellschaften gehöre beispielsweise, die Sozialverträglichkeit in der Planung energetischer Modernisierungsmaßnahmen mit zu berücksichtigen.

Prof. Dr. Felix Creutzig, Leiter des Fachgebiets Sustainability Economics of Human Settlements an der Technischen Universität Berlin, schlug vor, den Fokus zu erweitern und wegzukommen vom Postulat, industrielle Prozesse effizienter zu machen. „Stattdessen sollten wir auf die Output-Ebene schauen, im Sinne von, was wir eigentlich zum guten Leben brauchen, was für Gebäude wir brauchen und welche Standards erfüllt sein müssen.“ Die Einführung eines CO₂-Preises zur Stärkung des Klimaschutzes wäre zwar ein guter Weg. Zu bedenken gab er, dass die preisliche Anhebung zu Belastungen führe, die gerade ärmere Haushalte treffe. „Deshalb ist das Design zentral bei solchen Klimaschutzinstrumenten“. Problematisch sieht er die Datenagglomeration und -verarbeitung, die für gewöhnlich mit einer immensen Machtkonzentration verbunden ist. Eine gute Alternative sei das vorgestellte Madaster, weil es ein Stiftungsmodell und kein Profitmodell ist.

Nach Ansicht von Dr. Lukas Köhler, MdB, Philosoph und Sprecher für Klimapolitik der FDP-Bundestagsfraktion, müsse in der Klimapolitik viel mehr über Funktionen gesprochen werden, die in Gerechtigkeitsdefinitionen einfließen. Dann wären Instrumente wie die CO₂-Preissteuerung effizienter, als der Eingriff in konkrete Technologien. „Gerade in der Bauindustrie haben wir eine multikomplexe Zielkonfliktsituation. Wir haben die Frage nach den Baukosten, nach den Mieten, nach Bezahlbarkeit und damit verbunden ein Aufstiegsversprechen, das für die Generation früher ein Eigenheim bzw. die eigenen vier Wände beinhaltet.“ Dieses Versprechen gebe es auch heute, ließe sich aber nur noch bedingt realisieren. Überdies gelte es das Vermieter-Mieter-Dilemma dahingehend aufzulösen, dass die CO₂-Ersparnis beiden Parteien zugute kommt. „Das bedeutet aber, dass wir Klimapolitik mit Klimapolitik, Sozialpolitik mit Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik mit Wirtschaftspolitik machen müssen. Denn ein hartes CO₂-Limit, das die Pariser Klimaziele erreicht, wird natürlich zu mehr Kosten führen.“

re!source Stiftung e.V. ist am Puls der Zeit

Nach über drei Stunden detaillierter Einblicke in die verschiedenen Handlungsfelder und lebhafter Debatten resümierte Rolf Brunkhorst, geschäftsführender Vorstand der re!source Stiftung e.V.: „Der politische Wille ist da. Die Auswirkung der notwendigen Ressourcenwende auch auf Klima- und

ZUSAMMENFASSUNG

7. Dezember 2020



Umweltschutz wird immer deutlicher. Die von der Wissenschaft präsentierten Beispiele zeigen, dass beste innovative Lösungen entstehen, wenn ein ganzheitlicher Ansatz gewählt wird. Auch digitale Tools stehen für die Ressourcenwende zur Verfügung. Was es jetzt braucht, ist ein Umdenken und Umsetzen in der Bau- und Immobilienwirtschaft.“ Ergänzend fügte Annette von Hagel, geschäftsführende Vorständin der re!source Stiftung e.V., hinzu: „Die Branche ist nur zukunftsfähig, wenn sie den Mut hat, neue Wege zu beschreiten, für die es bereits viele unterstützende Instrumente gibt. Abwarten ist also keine Option!“

Informationen über re!source Stiftung e.V.:

Die re!source Stiftung e.V. ist eine unabhängige Allianz mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. re!source entwickelt gemeinsame Ziele, Strategien und Prozesse zur Ressourcenschonung in der Bau- und Immobilienwirtschaft und kommuniziert diese an relevante Zielgruppen, insbesondere auch in Richtung Politik, Ministerien und Kommunen. Ausgangspunkt bildet die Erkenntnis, dass aufgrund begrenzter Ressourcen ein Vorgehen wie bisher auf Dauer weder ökonomisch, ökologisch noch sozial verträglich möglich sein wird. re!source möchte daher eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen durch Umsetzung einer echten zirkulären Wertschöpfung in der Bau- und Immobilienwirtschaft erreichen. Zugleich trägt sie zur kommunikativen Aufklärung des Themas in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei. Weitere Informationen auf der Webseite: www.re-source.com

Kontakt:

re!source gemeinnützige Stiftung e.V.
Ressourcenwende in der
Bau- und Immobilienwirtschaft
Postfach 311645
10707 Berlin
E-Mail: info@re-source.com
Web: www.re-source.com